

Betreiber des Nostalgie-Karussells muss sich für 2005 und 2006 neuen Standort suchen

# Wo darf Ringelspiel aufgestellt werden?

Nächste Runde im Streit um das Nostalgie-Ringelspiel im Wiener Wurstelprater: Die Stadt Wien Marketing hat Betreiber Alfred Kern für die Jahre 2005 und 2006 mehrere Standorte für sein Karussell angeboten – aber „eine Antwort ist bislang ausständig“.

Mag. Georg Wurz: „Der bisherige Standort kann nicht beibehalten werden,

Daher muss für 2005 ein neuer Standort bestimmt werden.“

VON ERICH VORRATH

denn er befindet sich auf der Achterschleife, wo künftig sämtliche infrastrukturellen Einrichtungen, wie Feuerwehrezufahrt und schienenloser Zug, platziert werden.

Ab 2007 werden dann die verschiedenen neuen Kinder-Ringelspiele, die im Mongon-Plan vorgesehen sind, errichtet. Interessenten müssen Offerte legen – und jene kommen zum Zug, „die die Besucherinteressen zufrieden stellen“.

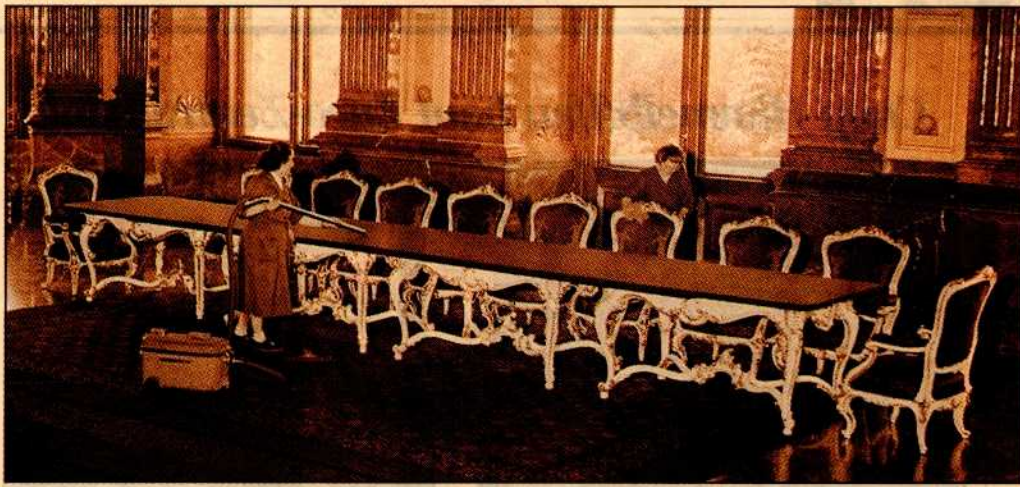


Foto: „Krone“

Der bunte „Zankpfel“ im Wurstelprater: Wo das Nostalgie-Ringelspiel heuer aufgestellt wird, ist bisher noch nicht entschieden.

1/9

## Wer mitjubeln will, braucht Geld: Die Regierung nimmt rund zehn Millionen Euro in die Hand, die Stadt Wien gibt fast fünf Millionen aus. Das „Gedankenjahr 2005“ ist längst Politikum - und auch Geschäft.



Wer spielt welche Rolle im Jubiläumsjahr 2005? Bei der Staatsvertragsunterzeichnung am 15. Mai 1955 im Belvedere war das klar verteilt: Frauen putzten, Männer signierten.

Foto: Votava

# Feilschen am Jubeljahrmarkt

Peter Mayr  
Barbara Tóth

Am Freitag ab 15.30 Uhr heißt es zum ersten, und sicher nicht zum letzten Mal in diesem Jahr: Vorhang auf für staatstragende Feierlichkeit zur Primetime. Ab dieser Uhrzeit überträgt ORF 2 live aus dem historischen Sitzungssaal des Parlaments den offiziellen Auftakt zum Jubiläumsjahr 2005. Bundespräsident, Bundeskanzler und Nationalratspräsident haben Gelegenheit, Ansprachen jenseits des 15-Sekunden-TV-Formats zu halten. Auch der Flutopfer wird gedacht.

Das offizielle Zeremoniell ist parteiübergreifend, hinter den Kulissen ist das Jubiläumsjahr aber längst zum Politikum geworden - und zu einer Frage des finanziellen Mitteleinsatzes.

Denn die Regierung nimmt für die Bewerbung der Jubiläumsevents eine Menge Geld in

die Hand: Das Bundeskanzleramt, das für die „Information“ der Bürger den größten Topf für Öffentlichkeitsarbeit verwaltet, hat laut Kanzlersprecherin Heidi Glück drei Millionen Euro für Broschüren, Publikationen und Medienkooperationen veranschlagt.

Rund zehn Millionen Euro hat Finanzminister Karl-Heinz Grasser im Budget vorgesehen. „Erfahrungsgemäß werden es dann zwanzig Millionen“, schätzt SPÖ-Rechnungshofsprecher Günther Kräuter. Wie viel der 2005er-Jubel in Summe kosten wird, kann derzeit niemand genau sagen.

Aber auch die SPÖ, die die Jubelplanungen der Regierung mit steigendem Argwohn verfolgt, hat eingesehen, dass man sich den Logenplatz beim Feiern erkaufen muss. Wiens Bürgermeister Michael Häupl will 4,7 Millionen Euro bereitstellen. Den zuständigen Ausschuss hat der Antrag mit

Stimmen von SPÖ und ÖVP am Mittwoch passiert. Ein Großteil des Geldes fließt in die Informations- und Medienarbeit. 2,2 Millionen werden für Veranstaltungen veranschlagt. „Rund um die Festsetzung des Landtages wird ein publikumswirksamer Auftakt in Form einer Lichtinstallation auf das Wiener Rathaus erfolgen“, heißt es frohlockend im Antrag. Zwecks historischer Aufarbeitung gehen davon 700.000 Euro an das Dokumentationsarchiv und andere Institutionen.

Praktisch, dass die „Stadt Wien Marketing und PRer Service GmbH“ mit der Entwicklung des Projekts betraut wurde. Auf ein Vergabeverfahren konnte verzichtet werden - handelt es sich doch um eine hundertprozentige Tochter der Stadt. Weiter heißt es: „Um auch international den Werdegang unserer Stadt aufzuzeigen“, ist geplant, sich an der TV-Produktion von „Hello Austria/Hello Vienna“ zu beteiligen. Laut Filmfirma könnten 900 Millionen Haushalte erreicht werden.

Wer vor Ort feiern will, darf sich im September auf ein „Jubelfest“ auf dem Rathausplatz freuen. „Die SPÖ ist um nichts besser als die Bundesregierung“, ärgert sich darüber die Gemeinderätin der Wiener Grünen, Claudia Sommer-Smolik. Sie befürchtet ein Jubelfest für Häupl vor der Wien-Wahl.

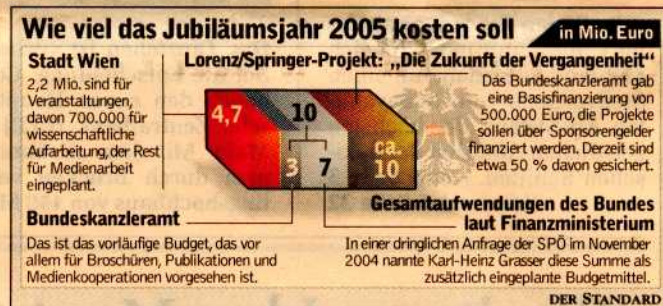
Für Ärger ums Geld und ums Feiern sorgt auch ein Projekt von „Graz 2003“-Gestalter Wolfgang Lorenz und Bundestheater-Holdingchef Georg Springer. Die beiden wollen im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der Vergangenheit“ - die laut Glück vom Bundeskanzleramt 500.000 Euro Erstförderung bekam - eine Bombennacht in Wien nachstellen. „Unzumutbar“, beschied ihnen Häupl.

Kommenden Montag sollen die für Wien geplanten „Interventionen im öffentlichen Raum“ nun noch einmal durchgesprochen werden.

Häupls harsche Reaktion dürfte, abgesehen von Geschmackfragen, auch einen finanziellen Hintergrund haben. „Die Stadt Wien soll zwei bis drei Millionen Euro zu diesen Springerprojekten dazuzahlen“, ärgert sich Häupl im STANDARD-Gespräch, „aber ich denke nicht daran.“

Rund zehn Millionen Euro will Lorenz durch Sponsoren aus Österreichs Wirtschaft für sein Projekt aufreiben. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel unterstützt ihn dabei höchstpersönlich - schließlich laufen die Veranstaltungen bis zur EU-Präsidentschaft im Jahr 2006. „Natürlich sind wir nicht der verlängerte Propagandaarm des Kanzlers“, stöhnt Lorenz, „so eine Begleitmusik verunsichert unsere Partner aus der Wirtschaft.“

Bislang glaubte ihm das die Hälfte seiner Geldgeber. Lorenz: „Rund fünfzig Prozent unseres Projekts sind bis dato finanziert.“



## „Natürlich habe ich die Sorge, dass die FPÖ vereinnahmt wird“

FP-Akademie-Leiter, Volksanwalt Ewald Stadler, will im Jubiläumsjahr die Besatzungszeit „kritisch betrachten“. Von Regierungssseite erwartet er nur Kanzlerfeste. Mit Stadler sprach Peter Mayr.



STANDARD: Fürchten Sie, dass die FPÖ als kleiner Koalitionspartner im angesagten Trubel der ÖVP untergehen wird?

Stadler: Natürlich habe ich die Sorge, dass die FPÖ vereinnahmt wird. So wie es jetzt scheint, werden das schlicht und einfach Kanzlerfeste, die als Vorwahlkampf dienen.

STANDARD: Was soll die FPÖ machen?

Stadler: Das weiß ich nicht. Ich habe keine Möglichkeit, dies in der Regierung zu beeinflussen. Das müssen jene tun, die dort das Sagen haben.

STANDARD: Wird sich die Akademie auch kritisch mit der eigenen Partei auseinandersetzen?

Stadler: Das tun wir. Keine Partei befasst sich so intensiv mit ihrer Geschichte - zugegeben, öfter gezwungenermaßen als freiwillig. Foto: Cremer

ZUR PERSON: Volksanwalt Ewald Stadler, geboren 1961, ist seit Sommer 2004 Leiter der FP-Akademie.

STANDARD: Was feiert die FPÖ im Jubeljahr 2005?

Stadler: Die FPÖ-Akademie wird Veranstaltungen organisieren, bei denen die Besatzungszeit kritisch betrachtet wird. Es wird auch um die Frage gehen, wie viel Souveränität Österreich eingebüßt hat, seit wir in der EU sind.

STANDARD: Ereignisse, wie die Befreiung vom Nationalsozialismus werden nicht gefeiert?

Stadler: Wie stellt man sich das denn vor? Mit Sektkorken knallen oder mit Papierschlängen? Feiern halte ich für einen Fehlbegriff. Wir nehmen die Datumszahlen zum Anlass, kritische Diskussionen zu organisieren. Es gehört ja auch gefragt, ob wir nicht

schon längst in einer Dritten Republik angekommen sind.

STANDARD: Wie meinen Sie das?

Stadler: Die Zweite Republik ist im Wesentlichen durch das Sozialpartnermodell geprägt gewesen. Da muss man die Frage stellen, was davon noch geblieben ist, wo die Vor-, aber auch die Nachteile liegen.

STANDARD: Wird mit der Bundes-FP zusammen geplant?

Stadler: Wir machen Vorschläge, und das wird dann mit der Parteiführung beraten. Aber wir haben es noch nicht eilig.

STANDARD: 2005 ist schon da.

Stadler: Das wissen wir schon. Das Jahr dauert noch über 300 Tage - Zeit genug also.

## „Wir laufen Gefahr, uns bei diesen Feiern lächerlich zu machen“

Die Minderheitensprecherin der Grünen, Terezija Stoisits, fürchtet, dass die Jubiläumsfeiern auf einer „Heimatkunde-Schiene“ stecken bleiben, sagte sie im Gespräch mit Conrad Seidl.



STANDARD: Was gibt es für die Grünen im Jahr 2005 zu feiern?

Stoisits: Für mich steht da eindeutig das Jubiläum 60 Jahre Zweite Republik im Vordergrund. Das heißt nicht, dass ich die 50 Jahre Staatsvertrag da abwerten will - aber die Republik ist sicher wichtiger.

STANDARD: Und der Staatsvertrag nicht erfüllt.

Stoisits: In einem wichtigen Punkt, dem Artikel 7, eben nicht. Das hat eine zutiefst beschämende Seite, da gibt es einen kleinkleinigen Umgang in der Umsetzung, wenn es etwa um die Ortstafeln in Kärnten geht.

STANDARD: Also kein Grund zum Feiern?

Stoisits: Natürlich hängt da auch die Neutralität damit zusammen, die wichtig ist. Aber es gilt zu sehen, dass der Staatsvertrag im Bereich des Minderheitenschutzes nicht umgesetzt wurde - aus einer kleingeistigen und kleinmütigen Haltung heraus. Wir laufen Gefahr, uns mit diesen Feiern lächerlich zu machen.

STANDARD: Im Sinne einer Vergangenheitsbewältigung?

Stoisits: Es gibt, bitte schön, bei der Vergangenheit nichts zu „bewältigen“ - eher wird dieses Jahr dazu benutzt, unangenehme Kapitel abzuhaken und abzuschließen.

STANDARD: Obwohl noch einiges offen wäre?

Stoisits: Ich habe mich im Vorjahr sehr um den Komplex der Wehrmachtsdeserteure gekümmert - und gehofft, dass die Republik ein Zeichen der Anständigkeit setzt. Nein, das hat sie nicht getan, nicht nach 1945, nicht jetzt. Wir leben in einer Republik, wo der Begriff „Partisan“ ein Schimpfwort ist.

Deswegen ist ja die Zeit von 1945 bis 1955 eine kritisch-interessante: Da gab es den Aspekt der Besatzung, aber auch den der Eigenverantwortung für den Umgang mit der Zeit davor, das Versäumnis von Rückstellungen, Entnazifizierungen und dem Setzen der richtigen Gesten. Aber darüber gibt es auch keine richtige Auseinandersetzung - die die Feierlichkeiten und Ausstellungen bewegen sich mehr so auf einer Heimatkunde-Schiene. Foto: Urban

ZUR PERSON: Terezija Stoisits, Jahrgang 1958, ist seit 1990 Abgeordnete und Minderheitensprecherin der Grünen.